

REDE ZEIT

Die Zeitung der SPD-Ratsfraktion Braunschweig

2 / 2018

Themen der Ausgabe:

Haushalt 2019: Das bringt die SPD-Fraktion auf den Weg

Kostengünstige Schülerfahrkarten: Grünes Licht für SPD-Antrag

Kostenlose Kindergärten: Wie sich die Beitragsfreiheit auswirkt

Neue Kunstrasenplätze: SPD beantragt erfolgreich Prioritätenliste

Zukunftsfeste Perspektive: Der Handelsweg soll weiterleben

»Beim Haushalt die richtigen Prioritäten setzen«

Liebe Leserinnen und Leser,

pünktlich zum „Tag der offenen Tür“ im Braunschweiger Rathaus erscheint die neue Ausgabe der „Redezeit“ mit einem Überblick über unsere aktuellen politischen Initiativen. Wir freuen uns, dass den Menschen in Braunschweig in diesem Jahr wieder die Möglichkeit gegeben wird, an einem solchen Tag die Arbeit der Verwaltung sowie der Ratsfraktionen und des Oberbürgermeisters näher kennenzulernen.

Als SPD-Fraktion stehen wir darüberhinaus natürlich ganzjährig auf verschiedenen Kanälen gern Rede und Antwort – in diesem Heft finden Sie beispielsweise Infos zu unserer Bürgersprechstunde. Kennen Sie zudem das neue Beteiligungsportal „Mitreden“, das die Verwaltung auf www.braunschweig.de eingerichtet hat? Auch dieses möchte ich Ihnen gern ans Herz legen.

Ganz aktuell beschäftigt uns natürlich der städtische Haushaltsplan für das Jahr



2019 mit einem Gesamtvolumen von 882 Millionen Euro. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ besagt ein altes Sprichwort und so sind wir angesichts aktueller und auch für 2019 prognostizierter Rückgänge bei der Gewerbesteuer und eines damit einhergehenden Fehlbedarfs froh, dass aufgrund der Rücklagen der Haushaltsplan auch für das kommende Jahr als ausgeglichen gilt.

Dank weitsichtiger Politik sind die städtischen Rücklagen unter Oberbürgermeister Ulrich Markurth auf über 240,5 Millionen Euro (Stand 31. Dezember 2017) angestiegen. Zugleich sind die Zinsen so niedrig wie nie zuvor. Da-

her müssen jetzt die nötigen Sanierungen und Investitionen vorgenommen werden, denn schließlich geht es darum, Braunschweig als prosperierende und wachsende Stadt zukunftsfest zu machen. Auf unsere Akzente und Anträge zu den Haushaltsberatungen wird im In-nenteil näher eingegangen.

Im Namen der SPD-Ratsfraktion wünsche ich nun viel Spaß beim Lesen und schöne Herbsttage.

Mit herzlichen Grüßen

Christoph Bratmann

Christoph Bratmann

»Haushalt 2019: Das bringt die SPD-Fraktion auf den Weg«

VON ROBIN KOPPELMANN

Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 sind im vollen Gange. Am Dienstag, 18. Dezember wird der Rat der Stadt über den Haushaltsentwurf abstimmen – und bis dahin können alle Fraktionen noch Korrekturen vornehmen. Die SPD-Ratsfraktion setzt dabei zukunftsweisende Akzente und weiß um ihre finanzpolitische Verantwortung.

„Traditionell stehen wir vor dem Spagat, unsere Stadt einerseits für kommende Herausforderungen zu rüsten, die Finanzen aber stets im Blick zu behalten“, erklärt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. „Dabei stehen wir aber auch für eine Investitionspolitik zur rechten Zeit. Keinem ist geholfen, wenn unsere Stadt einen Sanierungstau vor sich herschiebt und auf die folgenden Generationen überträgt. Deshalb ist es sinnvoll, angesichts der Niedrigzinsphase jetzt zu investieren“, so Bratmann.

Kritikern, die diese Investitions- und Haushaltspolitik bemängeln, entgegnet Bratmann: „Auch der nun vorgelegte Haushaltsplan der Verwaltung gilt nach dem niedersächsischen Kommunalverfassungs-

gesetz als ausgeglichen, weil der erwartete Fehlbetrag mit der städtischen Überschussrücklage verrechnet werden kann.“ Denn diese sei unter OB Ulrich Markurth auf ein Rekordniveau von 240,5 Millionen Euro angewachsen.

Anfang September hat sich die SPD-Fraktion daher auch zu einer eigenen Haushaltsklausurtagung in Wöltingerode getroffen. Dabei wurden diese Schwerpunkte festgelegt:

> Einführung kostengünstiger Schülerfahrkarten ab dem Schuljahr 2019/20:

Um den interfraktionellen Antrag aus der September-Ratssitzung auch umsetzen zu können beantragt die SPD-Fraktion, hierfür insgesamt 400.000 Euro in den Haushalt einzustellen (siehe nächste Seite). Auch beantragen wir ein neues Mobilitätsgutachten für den Norden der Stadt durch das Wachstum von VW Financial Services.

> Neue IGS-Plätze für Braunschweig: Die SPD-Fraktion

forciert die Schaffung neuer IGS-Kapazitäten in Braunschweig: entweder an einer bestehenden IGS oder in einem möglichen Neubau. Durch den Haushalt 2019 soll verwaltungsseitig hierzu erstmals ein konkreter Zeitplan vorgelegt werden.

> Frauenhaus ausbauen:

Die Kapazität des Frauenhauses ist erschöpft. Alleine 131 Frauen mussten im Jahr 2017 abgewiesen werden. Die SPD-Fraktion beantragt daher die Schaffung weiterer Plätze und stellt deren Finanzierung sicher.

> Vereine und Verbände unterstützen:

Seit jeher setzt sich die SPD dafür ein, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Stadt finanziell unter die Arme zu greifen und so ihre meist ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen. In diesem Jahr wird so beispielsweise der Erhalt der Anlaufstelle für Straffällige, Cura e.V., beantragt und das Eintracht-Fanprojekt gefördert.



Christoph Bratmann,
Fraktionsvorsitzender



Fotos: Robin Koppelman (2), Büro Bratmann (1)

»Kostengünstige Schülertickets: Grünes Licht für SPD-Antrag«



Christoph Bratmann,
Fraktionsvorsitzender

VON ROBIN KOPPELMANN

Der Rat der Stadt Braunschweig hat den Weg für kostengünstige Schülerfahrkarten freigemacht und einem entsprechenden Antrag von SPD, Grünen und Linken am Dienstag, 4. September mehrheitlich zugestimmt. „Damit hält die Politik ihr Versprechen an die Schülerinnen und Schüler, die seit langem darauf gepocht haben, günstiger mit Bus und Bahn fahren zu können“, freut sich Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, über den politischen Durchbruch.

Konkret geht es in dem Antrag um die Schülerinnen und Schüler aus der gymnasialen Oberstufe und den Berufsschulen sowie jenen aus den Klassen 1 bis 10, die näher als zwei Kilometer von ihrer Schule entfernt wohnen. Also jene, für die bisher ein reguläres Schüler-Monatsticket im Stadttarif fast 50 Euro kostete: „Für diese Schüler soll ab dem Schuljahr 2019/20 nun ein stark vergünstigter Fahrschein für etwa 15 bis 20 Euro angeboten werden, der als Monats- oder Jahreskarte auch in der Freizeit eingesetzt werden



kann“, hebt Bratmann hervor. Dies sei ein ausdrücklicher Wunsch der Schüler gewesen, mit deren Vertretern sich die SPD-Fraktion in der Vergangenheit intensiv ausgetauscht hatte. „Der jetzige Antrag stößt bei den Schülern auf positive Resonanz. Das zeigt, dass wir mit unserem Vorstoß in die richtige Richtung gehen.“

Beendet ist der Weg indes noch nicht: „Unser Antrag fährt eine doppelböckige Strategie“, erläutert Bratmann: „In erster Linie fordern wir den für den Tarif zuständigen Verkehrsverbund auf, eine regionale Lösung zu finden, von der alle Kommunen im Verbundgebiet profitieren würden. Sollte dies

bis zum Frühjahr 2019 nicht realisiert werden können, wird die Stadt Braunschweig in Vorleistung gehen und zumindest für unsere hiesigen Schülerinnen und Schüler ein solches Ticket anbieten. Wir sichern uns also ab und demonstrieren damit, dass wir es ernst meinen!“

Grundsätzlich appelliert die SPD-Ratsfraktion an die Landesregierung, die gesetzlichen Bestimmungen möglichst zeitnah – und wie im rot-schwarzen Koalitionsvertrag vorgesehen – zu ändern und den Anspruch auf eine kostenlose Schülerbeförderung auch auf die Schüler des Sekundarbereichs II auszuweiten.

Fotos: Nadine Wunder (1), Klaus G. Kohn (1)

»Kindergarten-Beitragsfreiheit: So geht es in Braunschweig weiter«

VON ROBIN KOPPELMANN

Seit dem 1. August 2018 ist sie Realität: die von der SPD im Landtagswahlkampf 2017 angekündigte landesweite Beitragsfreiheit für die Betreuung von drei- bis sechsjährigen Kindern in Kindertageseinrichtungen.

Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig, erläutert hierzu: „Das ist ein elementarer Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen. Es ist uns es gelungen, die Beitragsfreiheit durch eine Lösung auf Landesebene umzusetzen, die Eltern und Kommunen gleichermaßen finanziell entgegenkommt. Gute Bildung darf weder vom Geldbeutel der Eltern, noch von der Finanzausstattung der jeweiligen Kommunen abhängen.“

Hintergrund des jetzt gefundenen Modells ist eine Novelle des Kindertagesstätten-Gesetzes durch die rot-schwarze Lan-

desregierung unter Ministerpräsident Stephan Weil. Diese hat bereits im Mai 2018 ein Gesamtpaket für die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung mit den kommunalen Spitzenverbänden in Niedersachsen vereinbart.

„Die Kommunen erhalten als Ausgleich für die entgangenen Elternbeiträge sowie weitere Maßnahmen eine Summe von rund 1,4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2022. Damit den Trägern keine Deckungslücke entsteht, sind die ersten 63 Millionen Euro aus diesem Paket bereits überwiesen worden“, erklärt Bratmann. Da die Beitragsfreiheit nicht im Widerspruch zur Betreuungsqualität stehen darf, sind in diesem Paket auch 61 Millionen Euro für Qualitätssteigerungen und Investitionen enthalten.

Auch erhalte die Gesetzesnovelle eine Neuregelung der vorschulischen Sprachförderung sowie die Flexibilisierung des Einschulungsalters.

„Es galt, den Kommunen einen Ausgleich vom Land für die wegfallenden Elternbeiträge zusichern zu können“, so Bratmann. Dies sei seit jeher die Position der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig gewesen. So hätten die vergangenen Jahre gezeigt, dass sich die Kommunen selbst die Beitragsfreiheit nicht mehr leisten konnten und einige Städte – darunter auch Braunschweig – wieder Gebühren erheben mussten. „Dabei war immer klar, dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzenbleiben dürfen. Schließlich sind sie es, die die entsprechenden Kindergarten-Plätze bereit-

stellen und unterhalten müssen“, sagt Bratmann, der als Bildungspolitiker auch im Niedersächsischen Landtag sitzt. Nun, da das Land zugesichert habe, die Kommunen in dieser Frage zu entlasten, habe sich die Situation grundsätzlich gewandelt und die Beitragsfreiheit erst ermöglicht.

Davon unabhängig gelte es in vielen niedersächsischen Kommunen, die Mehrbedarfe im Bereich der Kinderbetreuung zu meistern: „In Braunschweig sind diese grundsätzlicher Natur: Bis 2022 werden in Braunschweig nach derzeitigem Stand rund 450 zusätzliche Krippen- und 470 zusätzliche Kindergartenplätze gebraucht“, sagt Bratmann. „Diese Zahlen bedeuten für Politik und Verwaltung neue Herausforderungen. Sie zeigen aber auch: Braunschweig liegt bei jungen Familien im Trend, die Stadt boomt. Und so darf es gerne weitergehen, hierfür werden wir weiter arbeiten.“



Das Themenplakat der SPD-Niedersachsen zur Abschaffung der Kindergartengebühren.

Fotos:SPD-LV Niedersachsen

»SPD-Antrag erfolgreich: Neue Kunstrasenplätze kommen«



Frank Graffstedt, sport-politischer Sprecher

VON ROBIN KOPPELMANN

Die SPD-Fraktion reagiert auf die gestiegene Nachfrage nach Kunstrasenplätzen in unserer Stadt: Am 12. Juni 2018 wurde ein von der SPD initiiertes Antrags zur Erstellung einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasenplätzen in Braunschweig beschlossen (Vorlage 18-08484).

„Für unsere Sportvereine sind das mit Blick die zuletzt verstärkten Spielausfälle in den Wintermonaten, die sich zum Teil bis in den März hinein zogen, gute Nachrichten“, freut sich Frank Graffstedt, Ratsvorsitzender und sport-politischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Für eine

fußballverrückte Stadt wie Braunschweig ist es wichtig, dass auch der Amateursport bestmöglich ausgestattet ist. Wir sind daher froh, dass sich die anderen Fraktionen unserer Initiative anschließen konnten.“

Der zugrundeliegende SPD-Antrag sieht vor, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtsportbund und dem NFV-Kreis Braunschweig eine Prioritätenliste zum Ausbau der Kunstrasenspielflächen erstellt. „Ziel ist es, Transparenz und Verbindlichkeit in die Thematik zu bekommen und jährlich zukünftig ein bis zwei neue Plätze auf den Weg zu bringen“, so Graffstedt. Mit dem Beschluss ist dies – ergänzt

um die Sicherung schon bestehender Kunstrasenspielfelder – nun möglich.

Graffstedt hat Verständnis, dass viele Sportvereine nach den diversen Spielausfällen im Winter verärgert sind: „Die Nachfrage nach aktivem Fußballsport in den Vereinen steigt, was oft zu einer hohen Auslastung der Plätze führt. Dieser Entwicklung sind wir als SPD-Fraktion mit unserem Vorstoß entgegengetreten, da Kunstrasenplätze fast unabhängig von den Witterungsbedingungen genutzt werden können und somit eine langfristige Investition in die Zukunft sind.“

Graffstedt bittet die Sportvereine dennoch zunächst um etwas Geduld: „Der Ball wurde vom Rat nun sprichwörtlich an die genannten Institutionen weitergespielt, die die Liste anhand von validen Kriterien erstellen werden. Diese wird in den Ratsgremien dann erneut beraten und kann sicher auch politisch weiterdiskutiert werden.“



»Neue Perspektiven gefordert: Handelsweg-Zukunft sichern!«

VON ROBIN KOPPELMANN

Neue Perspektiven für den Handelsweg entwickeln: Mit einer Anfrage außerhalb von Sitzungen macht die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig Vorschläge, wie die kleine Vergnügungsmiße unweit des Altstadtmarkts zukunftsfest gemacht werden könnte.

„Zugleich stellen wir uns damit auch hinter die dort teilweise seit Jahrzehnten ansässigen Gastronomen und Ladenbesitzer. Berichte über geplante und offenbar bereits vollzogene Mietsteigerungen von bis zu 30 Prozent können an der Politik nicht spurlos vorbeigehen“, erklärt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Zuletzt hatte die Braunschweiger Zeitung über derartige Mietsteigerungen und einen Sanierungsstau in einzelnen Lokalitäten, konkret dem Café Riptide, berichtet. „Wir bitten die Verwaltung mit unserer Anfrage zu prüfen, wie sich hierzu die rechtlichen Grundlagen darstellen und ob solche Steigerungen vertretbar sind“, so Bratmann weiter.

„Niemand kann ein Interesse daran haben, wenn dieses kleine, aber umso bedeutendere Stück Braunschweiger Kultur- und Kneipenszene ausstirbt, weil es in eine finanzielle Schieflage gerät.“ Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, sei dies nur schwer nachvollziehbar.

Um dem Handelsweg generell unter die Arme zu greifen, regt die SPD-Ratsfraktion dazu weiter an, neue Werbe- und Marketingstrategien zur Unterstützung des Weges zu entwerfen: „Da der Weg insbesondere für Auswärtige nicht leicht zu finden ist, sollten wir beispielsweise die derzeitige Beschilderung prüfen und bei Bedarf verbessern. Auch wäre es denkbar, dem Weg durch besondere Aktionen oder Feste mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen“, erklärt Annegret Ihbe, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion. Dabei könnte auch eine grundsätzliche kultur- und städtebauliche Einordnung des Handelswegs durch die Verwaltung hilfreich sein.



Annegret Ihbe, wirtschaftspol. Sprecherin



Fotos: Robin Koppelman (1), Klaus G. Kohn (1)

Termine

Dienstag, 6. November, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dazu finden wöchentlich donnerstags zwischen 16 und 17 Uhr öffentliche Bürgersprechstunden mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion in der Fraktionsgeschäftsstelle statt (Rathaus Altbau, Raum A1.51). Die genauen Zeiten sind unter www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de jederzeit einsehbar. Anmeldungen: (0531) 470 - 2211.

In eigener Sache

In der Ratssitzung am Dienstag, 4. September verabschiedete die SPD-Fraktion **Tanja Pantazis**, die aus beruflichen Gründen den Rat verlassen hat. Für sie rückt **Bayram Türkmen** in unsere Fraktion nach. Herzlich willkommen, Bayram, und herzlichen Dank für Dein Engagement, Tanja!



Impressum

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 470 - 2211
E-Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

Verantwortlich: Frank Flake;
Redaktion: Christoph Bratmann, Matthias Disterheft, Annette Johannes, Robin Koppelman, Nicole Palm, Annette Schütze, Nadine Wunder, Nadja Zeitler;
Layout: Robin Koppelman

Erscheinungstermine: quartalsweise. Preis: kostenfrei.